

Aures lädt Staatssekretär ein

Im Kultusministerium in München ist am Freitag ein weiteres Gesuch der Kulmbacher SPD-Abgeordneten eingegangen. Sie bittet erneut um ein Gespräch in Sachen Mittelschulverbund „Fränkische Linie“.

Von Thomas Hampl

Marktleugast/Kulmbach – Auch wenn der Wegfall von zwei Klassen im Mittelschulverbund „Fränkische Linie“ beschlossen ist, scheint das allerletzte Wort noch nicht gesprochen zu sein. Nachdem sich Kultus-Staatssekretär Thomas Kreuzer in dieser Woche bereit erklärt hat, seiner Landtagskollegin Inge Aures und den betroffenen Bürgermeistern die Entwicklung im Mittelschulverbund in einem Gespräch zu erläutern (wir berichteten), bittet ihn die Abgeordnete nun schriftlich um einen Termin. „Wir kommen alle sehr gerne zu Ihnen nach München“, heißt es in dem Schreiben, das Aures am Freitag per Mail verschicken wollte. „Unabhängig davon möchte ich Sie herzlich einladen, zu uns nach Kulmbach zu kommen. Bei einem Besuch, zum

Beispiel der Schule in Marktleugast, könnten Sie sich persönlich einen Eindruck von dem ansprechenden Schulkomplex mit seinen technisch sehr gut ausgestatteten Räumlichkeiten verschaffen.“

Inge Aures und den betroffenen Bürgermeistern – allen voran Norbert Volk aus Marktleugast und Hermann Anselstetter aus Wirsberg – ist viel daran gelegen, ihre Argumente persönlich im Kultusministerium vorzutragen. Das wird in dem neuen Schreiben von Inge Aures an Staatssekretär Thomas Kreuzer deutlich. Sie macht Kreuzer auch darauf aufmerksam, dass seine Aussage, die 14 Bürgermeister des Verbundes „Fränkische Linie“ seien sich in Sachen Klassenauflösung einig, nicht der Sachlage entspreche.

An der Realität vorbei

Die Wahrheit lautet Aures zufolge: „Die Bürgermeister wollen Klassen erhalten statt sie aufzulösen und zu zerreißen.“ So gebe es für das Stilllegen von Klassen keinerlei Vereinbarung. Außerdem gehe auch die Behauptung Kreuzers, die Verbundlösung „Fränkische Linie“ trage dazu bei, dass alle Schulstandorte erhalten werden können, völlig an der Realität vorbei. Beim kleinsten Standort Marktleugast sei ein Klassensterben bis hin zum Verlust der Mittelschule programmiert, sofern sich das Minis-

terium nicht neuen Lösungsansätzen öffne. In diesem Zusammenhang erinnert Aures den Staatssekretär an eine Aussage von Kultusminister Ludwig Spaenle bei einem Besuch in Kulmbach, als er gesagt habe, bei Bedarf könne auch eine Klasse mit neun Schülern eingerichtet werden.

In ihrem Brief an Staatssekretär Kreuzer stellt Inge Aures zudem unmissverständlich klar, was sie und die Bürgermeister so beunruhigt. So sei den drei Rektoren, vertreten durch den Verbundkoordinator „Fränkische Linie“, befohlen worden, 90 Lehrerstunden, die zur bildungsfreundlichen Unterrichtung zweier lebensfähiger Klassen für das neue Schuljahr fest eingeplant waren, ersatzlos zu streichen. Diese 90 Stunden wären notwendig gewesen, um an allen Verbundorten alle Hauptfächer und Arbeitsgemeinschaften unterrichten zu können, ohne neue Busfahrten organisieren und bezahlen zu müssen. Die Rektoren seien nicht nur gezwungen worden, Kursunterricht überörtlich zusammenzulegen, sondern auch Wahlfächer zu streichen, darunter das so wichtige Tastenschreiben, das in der Wirtschaftswelt doch unerlässlich sei.

Das alles habe noch nicht genügt, die 90 gestrichenen Lehrerstunden zu kompensieren. Deshalb müssten nun zwei Klassen geschlossen und

die Schüler in andere Schulhäuser transportiert werden. „Wenn Sie den einheitlichen, landesweit genormten Budgetfaktor von 1,8010 Lehrerstunden pro Schüler verteidigen, dann verteidigen Sie die Bevorzugung schülerstarker Ballungszentren und forcieren die Vernachlässigung der schülerschwachen Landstriche“, betont Inge Aures in ihrem Brief an Kreuzer.

Nicht polemisch

Den Vorwurf des Staatssekretärs, der das Bemühen der SPD-Landtagsabgeordneten und der Bürgermeister in dieser Woche als „parteipolitisches Getöse“ bezeichnet hatte, lässt Aures so nicht stehen. Gleich einleitend heißt es in dem Schreiben: „Keiner von uns hat hier ein polemisches Wort gesagt, sondern wir haben in aller Sachlichkeit gesprochen. Ich hatte im Namen des Landtagsvizepräsidenten Peter Meyer und der 14 Bürgermeister um ein Gespräch bei Ihnen nachgefragt. Ihr Mitarbeiter hatte zuerst den 4. August um 11 Uhr avisiert und danach wurde ich dann durch die zweite Urlaubsvertretung abgewimmelt.“

Nach Auffassung von Inge Aures würde das nun anstehende Gespräch dem Abgleich gegensätzlicher Positionen dienen, mit dem Ziel, eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung zu finden.